

WELTFRIEDENSTAG AM 1. SEPTEMBER 2026: SOZIALER FRIEDEN IM EBERSWALDER ORTSTEIL BRANDENBURGISCHES VIERTEL WEGEN ERSTMALIGEN NICHTVORHANDENSEIN EINER QUALITATIVEN NAHVERSORUNG STARK GEFÄHRDET

Mit heutigem Datum ist es offizielle Gewissheit, dass der langjährige Nahversorger NETTO-SCHWARZ im Ergebnis eines mehrjährigen Rechtstreites mit der aktuellen Eigentümergesellschaft des Handels- und Dienstleistungszentrum (HDZ) "Heidewald" an der Potsdamer /Frankfurter Allee seine Handels- und Verkaufstätigkeit für immer einstellen musste, um das EKZ "Heidewald" spätestens bis zum 30. September 2026 frist- und urteilsgerecht zu räumen.

Am vergangenen Sonnabend den 29. August 2026 war im stets sehr umstrittenen NETTO-SCHWARZ Discounter/Nahversorger der letzte offizielle Einkaufstag für die langjährigen und stets treuen NETTO-KUNDEN.

Diese äußerst negative Entwicklung im Eberswalder Ortsteil Brandenburgisches Viertel hat sich seit mehreren Jahren abgezeichnet und aktuell ihren absoluten negativen Höhepunkt erreicht.

Weder die hauptamtliche Verwaltungsspitze im Eberswalder Rathaus noch die Mehrheit der ehrenamtlichen Kommunalpolitik die in den letzten 10-15 Jahren in der kommunal-politischen Verantwortung standen und überwiegend noch immer stehen, haben die sich seit Jahren negativ abzeichnende Entwicklung jemals in ihren Verantwortungs- und Entscheidungsbereichen ernst genommen oder zumindest massiv unterschätzt, um rechtzeitig die notwendigen städteplanerischen und baurechtlichen Voraussetzungen für qualitative Alternativen in der fußläufigen Nahversorgung zu schaffen.

Die Uckermark Städte Schwedt/Oder und Angermünde beweisen, dass es diesbezüglich im Interesse der betroffenen Einwohnerschaft auch anders ziel-, ergebnis- und zukunftsorientierter gehen kann.

Dass es im Ortsteil Brandenburgisches Viertel, zugleich sozialer Brennpunkt der Stadt Eberswalde und des Landkreis Barnim mit über 7.300 Einwohnern, seit Entstehen des Max-Reimann Viertels zu DDR-Zeiten und auch nach der Politischen Wende 1990 erstmalig keine qualitative Nahversorgung mehr gibt, produziert generationsübergreifenden immensen Frust, Unverständnis und kommunalpolitische Verdrossenheit insbesondere bei der betroffenen Einwohnerschaft, die auch zugleich Kunden sind .

Das ist der absolute Tiefpunkt einer destruktiven Entwicklung im Sozialen Kiez deren negativen Folgen und Auswirkungen aktuell noch nicht eingeschätzt werden können. Die relevanten kommunalen Verantwortungs- und Entscheidungsträger werden als "Totengräber" des Wohnkomplexes und der Ortsteilentwicklung Max-Reimann/ Brandenburgisches Viertel eingehen .

MEHR:

<https://www.eberswalde.de/publications/Ortsteilstatistik/Ortsteilstatistik-Juli-2026.pdf>

<https://www.eberswalde.de/bildung-soziales/soziale-angebote/quartiersmanagement-brandenburgisches-viertel/das-viertel>

<https://maxe-eberswalde.de/index.php?nr=3201708011>

Gespräche mit der betroffenen Einwohnerschaft und zugleich Kundschaft im Sozialen Kiez zeigen deutlich, dass die Betroffenen regelrecht die "Schnauze" voll haben, immer wieder von der aktuellen Eigentümergesellschaft des EKZ "Heidewald" und der Schrottimmoblie "Specht" an der Frankfurter Allee inhaltlich und organisatorisch vertröstet und hingehalten zu werden. Sie haben in der Sache absolut „keinen Bock“ mehr intervallartig vorgeführt, temporär regelrecht belogen und betrogen zu werden.

Dies gilt u.a. auch für die Verwaltungsspitze insbesondere für den ehemaligen und amtierenden Bürgermeister einschließlich der ehemaligen und aktuellen Stadtentwicklungs- und Baudezernentenschaft der Stadt Eberswalde (kursiv=Zitate aus der Bürgerschaft).

Es fehlt immer mehr der Glaube und das Vertrauen unter der betroffenen Einwohnerschaft im Brandenburgischen Viertel in die aktuelle Eigentümergesellschaft für die Gesamtimmoblie "Heidewald" und der Schrottimmoblie "Specht", dass sie jemals, geschweige denn zeitnah aktiv werden, um beide Immobilien einer Generalsanierung und ggf. einer Nutzungsänderung (Specht) zu unterziehen.

Besorgniserregend ist gleichzeitig das die verbliebenen Gewerbetreibenden und aktuelle Mieterschaft im Innen- und Außenbereich des HDZ Heidewald bis zum heutigen Tag seitens der Verantwortlichen innerhalb der Eigentümer- und Projektentwicklerschaft "Heidewald" zum weiteren unternehmerischen Werdegang nicht informiert wurden sind und scheinbar auch in einen absehbaren Zeitraum nicht informiert werden.

Dieses langjährige destruktive Agieren der Heidewald Eigentümerschaft schürt Ängste unter den langjährigen Gewerbetreibenden, insbesondere bei ihrem langjährigen und verdienstvollen Mitarbeiter/innenschaft die befürchten, über kurz oder lang ihren Arbeits-platz zu verlieren.

Denn es ist nicht auszuschließen, dass u.a. aus brandschutztechnischen oder anderweitigen bauordnungsbehördlichen Gründen kurzfristig zu mindestens für den Innenbereich der Heidewald-Immoblie eine Nutzungsunterlassung erlassen werden muss.

Gleiches gilt für die ständig in Umlauf gebrachten Gerüchte, dass ein aus Joachimsthal familieninhabergeführter EDEKA - Vollsortimenter innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes in ein vermeintlich generalsaniertes und stark modernisiertes Einkaufszentrum "Heidewald " einzieht, um unmittelbar seines Handels- und Verkaufstätigkeit aufzunehmen.

Großes Unverständnis und starke Besorgnis herrscht insbesondere bei der generationsübergreifend stark mobilitätseingeschränkten Einwohnerschaft einschließlich bei den Personengruppen der sozial- und ökonomisch Benachteiligten im Brandenburgischen Viertel die höchstwahrscheinlich über einen sehr, sehr langen Zeitraum wohnortnah bzw. fußläufig über keinen qualitativen Nahversorger oder Vollsortimenter im Quartier verfügen werden können.

Hinzu kommt das der Bürgermeister der Stadt Eberswalde mit dem AWO- Stadtverband Eberswalde und dem AWO-Kreisverband Barnim grenzwertig "Seit an Seit" marschiert und eine **Übergangslösung in der Nahversorgung mittels Pressemitteilung vom 31. Juli 2026 verkünden lässt, die nur so von amtlicher Arroganz, Ignoranz, Alters -und Behindertendiskriminierung, aktuellen Realitätsverlust und von temporärer Verlogenheit strotzt, dass die "Balken sich biegen".**

Das fördert Politikverdrossenheit und auch temporär eine Zunahme von Fremden -und Ausländerfeindlichkeit im Ortsteil vom Feinsten, sowie eine weitere Zunahme an den Rändern des politischen Spektrums.

Nicht zu verstehen ist, dass diesbezüglich sowohl der ehrenamtliche Seniorenbeirat als auch der Beirat zur Integration von Menschen mit Behinderungen bisher keinen Anlass sahen, sich diesbezüglich öffentlich im Interesse der betroffenen Personengruppen zu äußern, sich zu positionieren und in der Sache deutlich zu intervenieren.

MEHR:

https://www.eberswalde.de/publications/Pressemitteilungen/ARCHIV/2026/144-31.07.2026-%C3%9Cbergang_Nahversorgung.pdf

Der kleinteilige syrische Mini-Spezialitätenmarkt auf der AWO- Dienstleistungs- und Gewerbezeile an der Frankfurter Allee 55 mit gut 50 Quadratmetern versehen und teilflächig nicht barrierefrei, hätte durchaus eine sinnvolle Berechtigung als ergänzendes Angebot gehabt, wenn **gleichzeitig** ein qualitativer Nahversorger oder Vollsortimenter im Quartier tätig wäre. Bekanntlich ist dies seit dem heutigen Tag offiziell nicht mehr der Fall.

Dem Wohnungsunternehmen des AWO-Stadtverbandes Eberswalde ging es diesbezüglich scheinbar mehr um betriebswirtschaftliche, als um dringend notwendige soziale Aspekte.

Die haupt- und ehrenamtlichen Verantwortungs- und Entscheidungsträger des AWO-Stadtverbandes Eberswalde und des AWO- Kreisverbandes Barnim müssen sich schon kritisch hinterfragen lassen, inwieweit ihr in der Sache asoziales Agieren mit gesellschafts- und sozialpolitischen Grundpositionen eines bundesweiten Sozialverbandes in Übereinstimmung zu bringen ist.

An dieser Stelle ist anzumerken, dass eine tägliche Ladenöffnungszeit, auch sonntags von 09-22.00 Uhr im Rahmen der gesetzlichen Rahmenbedingungen des Landes Brandenburg zu Ladenöffnungszeiten kritisch zu hinterfragen ist. Diesbezüglich sollte auch im Interesse der unmittelbaren AWO-Anwohnerschaft insbesondere die ihr Schlafzimmer auf Höhe des syrischen Spezialitätenmarkt haben noch nicht das letzte Wort gesprochen und geschrieben sein.

Das städtische Ordnungs- und Tiefbauamt insbesondere die Sachgebiete Gewerbe und Verkehr, aber auch die hauptamtliche Behindertenbeauftragte der Stadt Eberswalde sind diesbezüglich zeitnah gefordert, sich mit den aktuellen Zuständen vor Ort vertraut zu machen. Insbesondere um gemeinsam mit den Verantwortlichen in der Hausverwaltung des AWO-Wohnungsunternehmens die notwendigen insbesondere bürgerfreundlichen Entscheidungen treffen zu können.

Bisher wird mit großer Mehrheit der syrische Mini-Spezialitätenmarkt als sogenannte Übergangslösung eines nicht vorhandenen Nahversorgers aufgrund des mangelhaften Angebotes und der hohen Preise abgelehnt und nicht genutzt. Das ist ein aktuelles Ergebnis von bisher 130 eigenständig und händisch verteilten städtischen Pressemitteilungen vom 31.Juli 2026 und zahlreichen persönlich geführten Gesprächen.

Dies ist u.a. der Tatsache geschuldet, dass der syrische Mini-Spezialitätenmarkt in seiner Grundfunktion niemals die Aufgaben und Funktionen erfüllen und leisten kann, die die Verwaltungsspitze im Eberswalder Rathaus alibihaft von ihm erwarten und dies auch noch realitätsfern aus dem Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit innerhalb des amtlichen Bürgermeisterbereiches der Stadt Eberswalde nach Außen kommunizieren.

Freundlichst verbleibt -CARSTEN ZINN-

Stadtverordneter seit 2008 in der 4. Kommunalen Wahlperiode 2024-2029 für die WG Bündnis Eberswalde